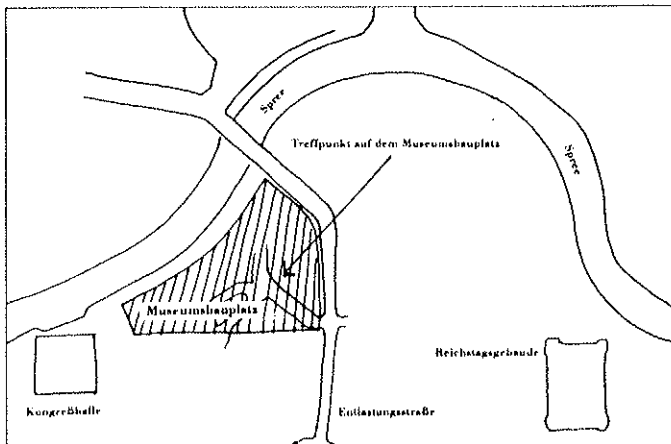


Am 28.10.1987 wird im Reichstag als Honoratioren-Ritual

„DAS DEUTSCHE HISTORISCHE MUSEUM“ gegründet.



Am Vorabend, Dienstag, den 27.10.1987, begründen wir mit
Kopf, Hand und Fuß, warum wir von diesem

„GRÖSSTEN BAUPROJEKT DER BUNDESREPUBLIK“

nichts halten

Programm:

- | | |
|------------------------|--|
| 16.00 Uhr | Baubeginn |
| 16.30 Uhr | An- und Aussprachen
u.a. mit Wieland Efferding
und Ekkehart Krippendorff |
| 17.30 Uhr | festlicher Ausklang
mit Absprachen |
| Ausgang und Ende offen | |

ZU DIESEM DENK-, LAUF- UND KULTUREREIGNIS LADEN EIN:

Aktives Museum, Alternative Liste, Berliner Geschichtswerkstatt, VV-Verband der Antifaschisten, Grüne Zelle Tiergarten, Asta TU, Asta FU, Asta FHW, Asta d. Kirchlichen Hochschule, SJV Karl Liebknecht

WIR WOLLEN MIT GESCHICHTE LEBEN ABER OHNE DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Wir wollen keinen nationalen Museums-Überbau

Für ein »Deutsches Historisches Museum« gibt es weder ein Bedürfnis noch Bestände. Es ist eine Kopfgeburt repräsentations-süchtiger konservativer Politiker. Das Museum soll die nationale Identität stärken – natürlich in der modernen Variante des zugelassenen Pluralismus –, dafür aber um so prächtiger: Das Museum wird eine »Hauptnutzfläche« von 36.300 qm und ein Gelände von 55.000 qm zwischen Spreebogen, Kongresshalle und

Nord-Süd-Durchgangsstraße beanspruchen, da wo heute u.a. das Tempodrom geduldet wird. Der Reichstag nimmt sich dagegen mit 11.200 qm Grundfläche fast bescheiden aus. Das »Deutsche Historische Museum« soll das Kapitol eines Deutschlands werden, das es nicht mehr gibt. Geblendet von dieser Prächtigkeit übersehen die Regierten dann so manchen Mißstand, so hoffen die Wendepolitiker.

Wir brauchen viele Ausstellungen, aber kein Renommiermuseum

Wir brauchen eine Politik, die die Spuren der Geschichte sichert durch behutsame Stadterneuerung und durch entschiedene Denkmalpflege. Wir brauchen darüberhinaus viele Ausstellungsmöglichkeiten und kulturelle Treffpunkte in leerstehenden alten Gebäuden überall in der Stadt. Wir wollen, daß der Reichstag stärker für Ausstellungen und Veranstaltungen interessierter Gruppen geöffnet und nicht weiter als Symbol des nationalen Selbstbetrugs mißbraucht wird.

Nach wie vor wird der Reichstag fern jeder Realität als »Vorhaltegebäude« für ein angeblich in Zukunft wieder gemeinsam tagendes deutsches Parlament reserviert. Durch eine Öffnung des Reichstags wäre manchem geholfen: Der deutschen Frage durch Entspannung, dem Reichstag durch Belebung, den Tiergartenliebhabern durch uneingeschränkte Nutzung, den Steuerzahlern durch Steuereinsparung und vor allem der Geschichte durch Aneignung im historischen Raum.

Wir wenden uns gegen die Ablenkung von den Mängeln der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit durch ein »Deutsches Historisches Museum«.

Noch sind viele Orte der NS-Vergangenheit nicht kenntlich gemacht. Das »Aktive Museum« hat zwar erreicht, daß das ehemalige Gestapo-Gelände weder Grünfläche noch Parkplatz wurde, aber diese Zentrale des faschistischen Terrors und der Unterwerfung Europas ist noch lange nicht ihrer Bedeutung gemäß gestaltet. Das Gelände des Volkgerichtshofs, die Wannsee-Villa und viele andere Orte harren einer angemessenen Wahrnehmung. Das Gebäude Unter den Eichen (Lichterfelde), in dem das »Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS« seinen Sitz hatte und in dessen Innenhof ein Außenlager des KZ Sachsenhausen war, wird unauffällig als Verwaltungsgebäude genutzt, als wäre in ihm nichts geschehen. Das Senats-Prestigeobjekt, die Ausstellung zum »Deutschen Widerstand« in der Stauffenbergstraße ist enttäuschend, verschleift Unsummen und wird nicht fertig. In der Bundesrepublik werden Bürger, die die Erinnerung an das jüdische Ghetto in Frankfurt oder an die Synagoge in Bonn erhalten wollen, von

der Polizei entfernt. Es fehlt an internationalen Begegnungsstätten speziell für Jugendliche. Archive wie das Document-Center sind kaum zugänglich. Forschungs- und Dokumentationsstätten zu Teilbereichen der NS-Herrschaft, z.B. zur NS-Justiz, müssen erst noch errichtet werden. Es mangelt an politischer Aufklärung und Bildung, um neuen Tendenzen von rechts entgegenzuwirken. Dies ist besonders notwendig, in einer Zeit, in der von Historikern und Politikern die »Entsorgung« der deutschen Geschichte betrieben wird. Es mangelt an ausreichender Unterstützung für die vielen, die Geschichte als Arbeit vor Ort betreiben. Es fehlt an einer großen und breiten Anstrengung, um so schnell wie möglich die noch lebenden Zeitzeugen des Faschismus zu befragen und ihre Antworten zu dokumentieren. Es fehlt an vielem. Es fehlt nicht an einem »Deutschen Historischen Museum«, um mit der faschistischen Vergangenheit bewußter umgehen zu können.

Wir verzichten auf das Museum als »Geschenk« der Bundesregierung

»Bonn schenkt den Berlinern das neue Haus«, so hieß es in der Bildzeitung. Inzwischen wird das »Deutsche Historische Museum« als »Geschenk der Regierung der Bundesrepublik für das deutsche Volk« (aus dem Bebauungsplan für das Museum) bezeichnet. Nicht nur wir, hier in West-Berlin, sofern wir keine Ausländer sind, sondern auch die Schwaben und Friesen und sogar die Bürger der DDR werden also beschenkt, ob sie wollen oder nicht. 1985 sollte der Bau des Museums 250 Millionen DM kosten. Jetzt, 1987, werden bereits 380 Mio DM veranschlagt. Die Summe wird weiter steigen, ohne Zweifel. Die späteren Kosten für Personal, Ausstellung etc. sind völlig offen: »Es gibt noch keine ausgereifte Schätzung der laufenden Kosten für das Deutsche Historische Museum« (aus der Antwort des Senats von Ende August 1987 auf eine kleine Anfrage der AL). Selbstverständlich müssen die so »Beschenkten« in der Bundesrepublik und Berlin (West) das teure »Geschenk« mit ihren Steuergeldern bezahlen. Daß dieses »Geschenk«, das in Berlin stehen

soll, aufgrund der Kulturhoheit der Länder verfassungswidrig ist, hat ein von der AL-Fraktion in Auftrag gegebenes Gutachten des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des Abgeordnetenhauses von Berlin bestätigt. Die Macher von CDU und FDP aber setzen sich bedenkenlos über alle verfassungsrechtlichen Einwände hinweg. Die Kulturhoheit Berlins wird nicht nur durch das Geld-Geschenk aus Bonn, sondern auch durch das Bonner Entscheidungsmonopol bei der Planung mißachtet, als lebten wir noch im Absolutismus. Im Sommer 1985 hatte Helmut Kohl vom Reichstagfenster aus persönlich den Bauplatz festgelegt. Im Herbst 1985 berief die Bundesregierung eine Sachverständigenkommission, die die Konzeption für das Museum erarbeitete. Auch die weitere Planung lief an Berlin vorbei. Die Berliner Abgeordneten hatten nichts zu entscheiden. Jetzt, wo die Museums-GmbH als Vorläuferin einer gemeinsamen Stiftung Bonn-Berlin gegründet wurde, hat der Berliner Senat beifolgend alles unterschrieben.

Wir belächeln das 750-Jahres-Gründungsfever der Regierenden

Das 750-Jubiläum Berlins neigt sich. Kurz vor seinem natürlichen Ende jagt eine Gründungsfeierlichkeit die andere: Akademie der Wissenschaften (am 10.10.87), Deutsch-Japanisches Kulturzentrum (im November 1987), Einweihung der Baustelle des zukünftigen Kammermusiksaals (am 28.10.87), Einweihung einer Absurdität namens »Carillon« (Glockenspiel, 2 Mio DM »Spende« der Mercedes Benz AG, 3 Mio Steuergelder) (am 27.10.87), Pflanzung eines Schildes, genannt Grundsteinlegung, für das Deutsche Historische Museum, irgendwo auf dem eventuellen zukünftigen Bauplatz. Wechsel auf die Zukunft werden großzügig gezogen.

Die vielen Ausstellungen 1987 und 1988 nehmen sich aus wie Fingerübungen für das »Deutsche Historische Museum«. Hier soll erst richtig geklotzt werden. Ideen werden schon jetzt von überall geklaut. Menschen werden eingekauft.

Mit Geld kann man viel machen, besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Aber die kulturelle Hegemonie, die die Konservativen so gerne haben möchten, bleibt abhängig von unserer Zustimmung, und diese versagen wir.

PS:

Zur Gründungsfeier für das Museum am 28.10.87 um 11 Uhr werden 750 (!) auserwählte Bürger und Bürgerinnen in den Reichstag eingelassen. Die namentlichen Einladungskarten sind nur zusammen mit dem Personalausweis zu gebrauchen. Begleitpersonen sind nicht zugelassen. Wer fürchtet sich vor wem?

v.i.s.d.P.

Hilde Schramm/Annette Ahme
Oktober 1987